Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6587**
14. Wahlperiode 04. 07. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Rosel Neuhäuser, Monika Balt, Dr. Dietmar Bartsch, Maritta Böttcher, Heidemarie Ehlert, Dr. Ruth Fuchs, Dr. Klaus Grehn, Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Christa Luft, Heidemarie Lüth, Dr. Uwe Jens-Rössel, Christina Schenk, Dr. Ilja Seifert, Roland Claus und der Fraktion der PDS

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Bundesregierung
– Drucksachen 14/6160, 14/6411, 14/6452, 14/6582 –

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis zum 30. September 2001 zu prüfen und einen Bericht darüber vorzulegen, ob und inwieweit durch eine Kappung des Splittingeffekts und der daraus resultierenden steuerlichen Mehreinnahmen zur Entlastung von Familien sowie zu einer – im Verhältnis zu allein erziehenden Eltern – gerechteren Besteuerung beigetragen werden kann.

Berlin, den 4. Juli 2001

Dr. Barbara Höll
Rosel Neuhäuser
Monika Balt
Dr. Dietmar Bartsch
Maritta Böttcher
Heidemarie Ehlert
Dr. Ruth Fuchs
Dr. Klaus Grehn
Dr. Heidi Knake-Werner
Dr. Christa Luft
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Dr. Ilja Seifert
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Angesichts des sozialen Wandels bleibt es eine zentrale Aufgabe, die Sicherung der ökonomischen Basis von Familien und die Sicherung des Zusammenlebens mit Kindern weiter zu befördern.

Der Deutsche Bundestag stellt in diesem Zusammenhang fest, dass es zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien und Beruf weiterer umfassender Reformschritte bedarf. Insbesondere werden deutlich mehr und zeitlich umfangreichere Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen und zusätzliche Ganztagsschulen benötigt, um die Familien – insbesondere aber die Frauen – nicht vor die Wahl zu stellen, entweder Familienaufgaben wahrzunehmen oder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

1999 waren in der Bundesrepublik Deutschland von 22,4 Millionen Haushalten 42,4 % Ehepaare ohne Kinder. Nach dem jüngsten Mikroszensus-Bericht bleibt ein Drittel der Frauen des Geburtsjahres 1965 kinderlos.Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die Begünstigungen von der Institution der Ehe auf das Zusammenleben mit Kindern zu verlagern und dazu insbesondere die geltende Regelung des Ehegattensplittings zu überprüfen.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, die zusätzlichen Steuereinnahmen gezielt zur Verbesserung der Infrastruktur der öffentlichen Kinderbetreuung sowie zu einer weiteren Entlastung der Familien im Rahmen des Familienleistungsausgleichs einzusetzen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333